

Pulsnitzer Tageblatt

Hauptredaktion 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezieser
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenzeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Lhiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Wichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Zuh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 258

Donnerstag, den 4. November 1926

78. Jahrgang

Pulsnitzer Bank

e. G. m. b. H.

Pulsnitz und Ohorn

Wir verzinsen

Bareinlagen

zu günstigen Sätzen

Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten
Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Zweigstelle Pulsnitz

Das Wichtigste

Vor dem Schwurgericht in Hildesheim begann der Prozeß gegen die
Attentäter von Reiserde.
Ueber die Unwetterschäden in Tirol wird weiter gemeldet, daß im
Gesamt ein Felssturz niedergegangen ist. Dabei wurde der Bahn-
körper auf 200 Meter Länge mitgerissen, sodaß der Bahnverkehr
eingestellt werden mußte. Ferner wurde ein Sägewerk mit 50 000
Kubikmeter Holz vernichtet.
Die gestern in Kempten aufgelegte Stinnes-Anleihe ist mehrfach über-
zeichnet worden.
Gestern sind zu den Hochzeitsfeierlichkeiten die Könige von Dänemark
und Norwegen in Stockholm eingetroffen. Wieder erlebte die Stadt
einen außerordentlich feierlichen Empfang. Die Zeitungen weisen
darauf hin, daß noch nie 4 Könige gleichzeitig in Stockholm zu-
sammen gewesen seien.
Der Parteitag der Österreichischen Nationalsozialisten sprach sich für die
Bildung einer nationalen Einheitsfront aus.
Die Spanier bereiten in Marokko eine neue militärische Aktion vor
zur Säuberung des Gebirgsplateaus Beni Uros von Rifanten.
Die französische Polizei deckte ein weitverzweigtes Komplott gegen die
spanische Regierung auf.
In französischen diplomatischen Kreisen betont man die Notwendigkeit
einer freundschaftlichen Politik mit Italien, die aber, wie man
erklärt, eine energische Haltung angesichts der Zwischenfälle der
letzten Zeit nicht ausschließt. Man erinnert daran, daß Frankreich
Italien gegenüber großes Entgegenkommen gezeigt habe, besonders
auf dem Gebiete der Einwanderung, da sich in Frankreich gegen-
wärtig mehr als 750 000 Italiener aufhalten.
Die Washingtoner Außenpolitik hat sich durch den Ausfall der Wahlen
in keiner Weise geändert.

Die Parteien

zum Erwerbslosenproblem.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter im Reichstag.

Innerpolitisch steht das Erwerbslosenproblem im Vor-
dergrund des Interesses. Schon im Laufe dieser Woche wird
im Reichstag ein Gesetz behandelt werden, das eine namhafte
Erhöhung der Sätze bringt, die die Erwerbslosen beziehen
sollen. Aus den Vorverhandlungen im Sozialpolitischen
Ausschuß ist zu entnehmen, daß die Kämpfe unter den Par-
teien heftig gewesen sind, verlangten doch die Sozialdemo-
kraten eine allgemeine Erhöhung um 50 Prozent, und die
Kommunisten gingen sogar noch weit über diese Forderungen
hinaus.

Die Sätze, die die Regierung bewilligen kann, sind weit-
aus geringer. Die Regierung kann bei ihrer bedrängten fi-
nanziellen Lage nicht über 10 Prozent Erhöhung hinaus-
gehen, will sich aber, die Zustimmung des Reichstages vor-
ausgesetzt, auf die Dauer des Winters, das heißt bis zum
31. März 1927, festlegen.

Das Kabinett Marx muß infolgedessen mit einer scharfen
Begrenzung der Sozialdemokraten wie der Kommunisten im
Plenum rechnen. Die Sozialdemokratie kann, bedrängt von
der Linken-Flügel-Partei des Reichstages, in dieser Hinsicht
keine Nachgiebigkeit zeigen, wenn sie nicht zahlreiche Wähler
berlieren will.

Aber auch die Deutschnationalen haben andere Bestre-
bungen als die Mittelparteien. Hinsichtlich der Erwerbslosen-
fürsorge treten sie für ein Lohnklassensystem ein, um die ver-
fügbaren Beträge auf die einzelnen Gruppen der Erwerbs-
losen nach Bedarf zu verteilen. Die Deutschnationalen mei-
nen, daß man nicht die Ledigen, sondern die Familien bevor-
zugen müsse, daß man auch Lasten berücksichtigen solle, wie
Miete und dergleichen, die die Erwerbslosen nicht abstoßen
können.

Daß das Reich in der Krisenfürsorge für die Ausge-
setzten stärker als bisher die Länder entlasten will, wird
nicht auf Widerstand stoßen. Dagegen wendet sich die Wirt-
schaft gegen die Verfügung der Regierung, daß bei der Ver-
gebung öffentlicher Arbeiten erneut darauf hingewirkt wer-
den soll, daß keine Ueberstunden geleistet werden.

Ein Komplott gegen die spanische Regierung aufgedeckt

Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge — Berlin protestiert gegen die drückenden Gewerbe-
steuern — Die Sozialdemokraten zum Achtstundentag — Die Wahlrechtsvorlage — Das
Urteil im Landsberger Fememordprozeß. Oberleutnant Schulz freigesprochen

Paris. Den französischen Polizeibehörden ist es ge-
lungen, ein weitverzweigtes Komplott gegen die spanische
Monarchie und die Regierung Primo de Rivera aufzudecken.
Die Hauptführer der zumeist aus Spaniern, daneben aber auch
aus Italienern, Engländern und anderen Ausländern be-
stehenden Anarchistenbande konnten in dem Augenblick ver-
haftet werden, als sie die spanische Grenze überschreiten
wollten.

Nach dem bisherigen Untersuchungsergebnis handelt es
sich um nicht weniger als 40 Personen, die beteiligt sind.

Umfangreiche Vorbereitungen für den geplanten Handstreich
sind der Bande zum Verhängnis geworden. In Paris hatten
die Führer der Verschwörung ein wahres Mobilisierungslager
mit unzähligen Revolvern, Karabinern, Gewehren, Munition,
Uniformen, Generalstabstarkern, Feldtelefonen usw. einge-
gerichtet. Mehrliche Depots waren an mehreren Orten Süd-
frankreichs, besonders aber an der spanischen Grenze angelegt
worden.

Die französische Polizei, der diese Vorbereitungen seit
langem bekannt sind, hat nun das in aller Stille und mit
größter Umsicht gelegte Netz zusammengezogen, als

etwa 45 Verschwörer, als Touristen verkleidet,

bei Estagel, einer kleinen, etwa 22 Kilometer von Perpignan
entfernt liegenden Ortschaft, die Grenze überschreiten wollten.
Der Kommissar der ersten mobilen Brigade, die mit der Ueber-
wachung der Anarchisten betraut war, benutzte von Paris aus
den gleichen Zug wie der Führer dieser Bande, der bei seiner
Vernehmung als der 1902 in Barcelona geborene Jose Carrillo
festgestellt wurde. Carrillo erhielt auf dem Auslieferungsbahnhof in
Paris von einem Mitverschwörer die Summe von 27 000
Franc und eine Begleitung von 7 Mann. In Bordeaux
schlossen sich diesem Trupp italienische Anarchisten an. Von
da aus begaben sich die Verschwörer nach Toulouse, wo
sie sich in einem Hotel mit Uniformen versahen, die in raffi-
nierter Weise als Touristenanzüge aufgemacht waren. Eine
weitere Gruppe von 17 Verschwörern sollte sich in Ville-
franche bei Estagel dem Haupttrupp anschließen, wurde aber
schon in Millas von der Polizei in Empfang genommen. Bis
jetzt sind

etwa 60 Personen hinter Schloß und Riegel.

Die Verhafteten gestanden unumwunden ein, daß sie die W-
sicht hatten, durch eine revolutionäre Bewegung von Katalo-
nien aus die Monarchie und die Regierung Primo
de Rivera zu stürzen. Sämtliche Züge nach der spani-
schen Grenze werden einer strengen Kontrolle unterzogen.
Man hat mit weiteren Verhaftungen zu rechnen.

Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge

Die Richtlinien der Reichsregierung.

Berlin. Im Unterausschuß des Sozialpolitischen Aus-
schusses des Reichstages wurden die neuen Richtlinien der
Regierung bekanntgegeben:

Die Bezüge sämtlicher Hauptunterstützungsempfänger
werden

um zehn Prozent erhöht.

Die nichtalleinstehenden Erwerbslosen sind auf das Niveau
der Alleinstehenden zu heben; auch das vierte Kind erhält den
vollen Zuschuß; Prüfung der Bedürftigkeit wird, wie durch
bindende Vorschriften sichergestellt ist, gleichmäßig und ent-
gegenkommend gehandhabt; Befehung von Arbeitsstellen mit

fortlaufender voller Arbeitsfähigkeit im Wege der Pflichtarbeit
ist zu verhüten. Unverzüglich soll der Gesetzentwurf vorgelegt
werden, wonach Wochengeld und Entbindungszuschlag
nicht auf die Erwerbslosenunterstützung des Ehepartners an-
gerechnet wird. Die Ausgesteuerten sollen, soweit sie noch
arbeitsfähig und arbeitswillig sind, im Wege einer Krisenfür-
sorge während des Winters in der Erwerbslosenfürsorge
bleiben. Sieben Zehntel der Krisenfürsorgekosten wird das
Reich, den Rest die Gemeinde tragen; für die anderen Er-
höhungen wird das Reich zur Abgeltung der höheren Posten
den Ländern einen Pauschalbetrag zur Ver-
fügung stellen. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Ar-
beitsbeschaffung und produktiven Erwerbslosenfürsorge werden
nachdrücklich fortgeführt.

Der besondere Notstand im besetzten und ge-
täumten Gebiet wird besonders berücksichtigt. Eine ab-
schließende Regelung durch

möglichst baldige Verabschiedung der Erwerbslosen-
versicherung

wird sich die Reichsregierung fernerhin angelegen sein lassen.
Eine Denkschrift über Maßnahmen zugunsten der älteren An-
gestellten erhält der Reichstag, wenn irgend möglich, noch im
November.

Berlin protestiert gegen die drückenden Gewerbesteuern.

Berlin. Gegen die allzu rigorose Anwendung der
Gewerbesteuern fanden in Berlin in sieben großen Sälen
Protestversammlungen sämtlicher Gewerbetreibender Berlins
statt. Die Säle, die polizeilich mit 16 000 Personen Fassungs-
vermögen abgenommen sind, waren derart überfüllt, daß in
den großen anderen Sälen Parallel-Versammlungen abge-
halten werden mußten, in denen Reichstagsabgeordnete sämt-
licher Parteien das Wort ergriffen.

Der Aufforderung, als Protest die Läden von 2 bis
5 Uhr geschlossen zu halten, sind sämtliche Gewerbetreibende
der kleineren und mittleren Betriebe nachgekommen, wäh-
rend die der größeren Betriebe, wahrscheinlich durch zu späte
Benachrichtigung, dieser Aufforderung weniger nachgekommen
sind.

Die V. V. V. gegen Kapitän Ehrhard.

Die Vaterländischen Verbände Deutsch-
lands teilen mit:

„Nachdem die Worte Kapitän Ehrhards gegen die deut-
schen Fürsten offiziös bestätigt worden sind, weisen wir die
Darstellung Ehrhards als ungeschichtlich zurück. Insbeson-
dere hat nicht der Kaiser „die Front führerlos gelassen“,
sondern die von ihm eingesezte Regierung hat ihn ver-
fassungswidrig abgesetzt, und im Großen Hauptquartier
wurde ihm von verantwortlicher Seite erklärt, das Heer
stände nicht mehr hinter ihm.“

Wir bedauern, daß ein in der nationalen Bewegung
stehender Führer unter Verleugnung seiner Vergangenheit
trotz Bekenntnis zum monarchistischen Staatsgedanken diese
Ausführungen öffentlich gemacht hat, ohne sich anscheinend
bewußt zu sein, wessen Geschäfte damit betrieben werden.“

Die Sozialdemokraten zum Achtstundentag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfrak-
tion beschloß in ihrer ersten Sitzung nach dem Zusammen-
tritt des Reichstags am 3. November folgende Erklärung zur
gesetzlichen Sicherung des Achtstundentages:

